2019.SR.000118 (19/291)

Motion Eva Krattiger/Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #6: Verbot von Plastiksäcken

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschgemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.
Eine solche Möglichkeit bietet ein Verbot von Plastik, spezifisch von Plastiksäcken. Sowohl die Herstellung als auch der resultierende Abfall von Plastiksäcken sind enorm umweltschädlich. Die Herstellung benötigt viel Erdöl und Energie, bei der Verbrennung werden umweltschädliche Stoffe freigesetzt und die Plastiksäcke, die nicht korrekt entsorgt werden, zersetzen sich erst nach hunderten von Jahren vollständig.
Die Schweiz ist zwar ganz vorne mit dabei, wenn es um Recycling und Kompostieren geht, jedoch sind wir auch die europaweit drittgrössten Abfallproduzenten.
Durch die Einführung einer Gebühr für Plastiksäcke durch die grossen Detailhändler hat der Verbrauch von Plastiksäcken schon abgenommen. Trotzdem sehen wir noch viel Handlungsbedarf:
Beim Verkauf von Obst und Gemüse stehen immer noch Gratisplastiksäcke zur Verfügung. Diese könnten jedoch einfach durch wiederverwendbare Stoffsäcke oder kompostierbare Plastiksäcke ersetzt werden. Die Stoffsäcke wären klimatechnisch insofern ideal, da sie sich durch eine sehr lange Lebenszeit auszeichnen. Das würde bei einem verhältnismässigen Preis dazu führen, dass die Leute diese Säcke auch viel öfters verwenden würden, anstatt sie immer gleich wegzuwerfen.
Beim Verkauf von Gebäck stehen oftmals Papiertüten zur Verfügung, die aber ebenfalls einen Teil an Plastik haben. Das ist Plastikabfall, der ohne grössere Probleme vermieden werden kann, indem die Tüten ganzheitlich aus Papier hergestellt werden.
Kostenpflichtige Plastiksäcke gehen zu wenig weit und sind nur die halbe Lösung. Indem Plastiksäcke grundsätzlich verboten würden, könnte noch mehr bei der Plastikproduktion und dem Plastikabfall eingespart werden. Die Leute würden sich automatisch nachhaltiger verhalten, denn eine Stofftasche ist teurer und stabiler als ein Plastiksack und wird somit auch länger gebraucht und weniger schnell entsorgt.
Antrag
Deswegen fordern wir den Gemeinderat dazu auf, alle Plastiksäcke im Detailhandel zu verbieten. Ausgenommen davon sind kompostierbare Säcke für Obst und Gemüse.
Stattdessen sollen fair produzierte Stoff- und Papiertaschen gegen einen Aufpreis erhältlich sein.

Bern, 04. April 2019
Erstunterzeichnende: Eva Krattiger, Seraina Patzen
Mitunterzeichnende: Devrim Abbasoglu-Akturan, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat der Stadt Bern ist sich bewusst, dass der Umgang mit Plastik heutzutage sorglos und oft unreflektiert ist. Aus nicht kompostierbarem Plastik entstehen gravierende Probleme für die Umwelt, sowohl für die Gewässer, als auch für die Böden – und die Luft. Er würde es deshalb be-

grüssen, wenn DetailhändlerInnen vermehrt kompostierbare Tüten oder Mehrweggebinde im Angebot hätten. Es stellen sich jedoch für die Umsetzung eines Verbots auf Gemeindeebene verschiedene, nicht einfach zu beantwortende Fragen:

- Wie steht es um rechtliche und gesetzgeberische Kompetenzen der Gemeinde zur Erwirkung eines (insbesondere lokalen) Verbots von Plastiksäcken?
- Wie sieht die Ökobilanz der verschiedenen Materialien aus, welche als Alternative in Frage kommen?
- Wie kann garantiert werden (vorausgesetzt ein Verbot ist lokal überhaupt realisierbar), dass Kundinnen und Kunden die implizierte Verhaltensänderung tatsächlich mitmachen (Preis, Komfort und so weiter)?
- Ist ein entsprechendes Verbot aus lebensmittelhygienischen Gründen überhaupt umsetzbar?
- Ist eine Speziallösung für die Stadt Bern verhältnismässig? Beim Vorhandensein von ökologischeren Alternativen, scheint ein entsprechendes Verbot auf nationaler Ebene sinnvoller.

Es ist rechtlich abzuklären, ob und allenfalls wie die Stadt Bern im Alleingang überhaupt befähigt ist, eine entsprechende Gesetzgebung einzuführen. Es ist ökologisch abzuklären, welche Alternativen zu herkömmlichen Plastiksäcken unter welchen Rahmenbedingungen wirklich die geringsten negativen Umwelteinwirkungen haben. Es ist ökonomisch abzuklären, wie die Bepreisung aussehen müsste, damit der Anreiz, das Nutzerverhalten zu ändern bei der Kundschaft den gewünschten Erfolg hat – und schlussendlich ist zu prüfen, ob nicht übergeordnetes Recht (zum Beispiel die Lebensmittelhygienevorschriften) verletzt wird. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass entsprechende Massnahmen wegen der grösseren Hebelwirkung auf nationaler Ebene anzusetzen sind.

Aus diesen Gründen kann der Gemeinderat der Stadt Bern den Vorstoss nicht als Motion entgegennehmen. Er ist aber bereit, das Thema genauer zu prüfen, und den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 11. September 2019

Der Gemeinderat